

Die Völker Europas im Würgegriff der Finanzindustrie

Dr. Werner Rügemer (WR) im Gespräch mit Ken Jebsen (KJ) ^[1]

Es geht vor allem um Deutschland. Ob es in der Schweiz besser aussieht, weiss ich nicht. Aus dem "Volke der Hirten" ^[2] ist etwas anderes geworden.

Die Bemerkungen in [...], gliedernden Zwischentitel, Quellen und Hinweise stammen von mir.

Vorwort (von mir)

Ich habe die Namen der Firmen, die nicht so gut wegkommen, anonymisiert. Es geht schliesslich um die Sache und nicht um einzelne Personen. Ausserdem will ich mir keine Gerichtsaffären einhandeln. Das hat Werner Rügemer getan. Mich interessiert, was in dieser „Finanzindustrie“ steckt. Es gibt (gewichtige) Stimmen, etwa Christoph Hörstel ^[3] oder Franz Hörmann, die anscheinend alle Banken abschaffen wollen. Ich halte das für völlig übertrieben. Es genügt, wenn man jenen das Handwerk lege, die Unheil anrichten.

PPP – Public Private Partnership – allerdings ohne „public“

KJ: Herr Rügemer, Sie beschäftigen sich mit der Wirtschaft, auch mit der aktuellen finanziellen Schieflage und verdächtigen Finanzierungsstrukturen, etwa PPP - Public Private Partnership. Was ist das?

WR: PPP ist ein Finanzprodukt, das die Banker erfunden haben. Es ist ein langfristiger Vertrag zwischen der Regierung oder Verwaltung eines Staates oder auch einer Gemeinde und einem privaten Investor. Die Laufzeit ist normalerweise 30 Jahre. Als Beispiel: Statt dass die Gemeinde eine neue Schule baut, tut dies der Investor. Er sorgt dann auch für den weiteren Betrieb.

KJ: Das muss nicht unbedingt schlecht sein, vor allem dann, wenn die Gemeinde kein Geld hat.

WR: Das ist richtig. Allerdings zeigt die Praxis, dass das Projekt am Ende sehr teuer wird.

KJ: Beispiel Offenbach.

WR: Genau. Offenbach hat alle seine 90 Schulen in ein solches PPP mit X. und Y., ein französisches Unternehmen, eingebracht. Am Anfang betrug die Miete 52 Millionen Euro. [Offenbach musste die Schulen mieten.] Aber es kamen Nachforderungen [der Investoren], sodass die Miete auf 76 Millionen Euro pro Jahr anstieg. Wenn man das auf die Laufzeit von 20 Jahren hochrechnet, verdoppelt sich der Preis. Das Versprechen der Investoren: "Ihr könnt alle eure Angestellten [ausser Lehrkräfte] entlassen. Mit uns wird der Betrieb effizienter und billiger", wird nicht gehalten.

KJ: Warum lassen sich die Staaten oder Gemeinden trotzdem immer wieder darauf ein?

WR: Betrachten wir die Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung von Kanzler Schröder [1998-2005] hat sich darauf festgelegt.

KJ: Solche Muster kamen aus England.

WR: Ja. Das hat Schröder von seinem Freunde Tony Blair übernommen. Seitdem wird es bei uns praktiziert. Die Europäische Union hat das auch eingeführt. Auch unsere Regierungsparteien CDU, CSU, SPD, FDP und die Grünen haben sich dazu bekannt.

KJ: Würden sie das heute wieder tun?

WR: Ich befürchte es, denn sie tun nichts dagegen.

KJ: Der Staat entlässt seine Angestellten. Die landen dann im Sozialdienst, bei diesen Investoren oder den Beraterfirmen, die den Regierungen das PPP schmackhaft machen.

WR: Ja. Dazu kommt, dass die PPP-Verträge so umfangreich sind, dass sie von den Politikern kaum gelesen oder verstanden werden. Wer gräbt sich schon durch viele tausend Seiten. Einer dieser Verträge umfasst 17'000. Sie wissen also nicht, was eigentlich darin steht.

Der Staat verliert Kompetenzen

KJ: Das ist Vorsatz. Als es um ein Autobahnteilstück zwischen Bremen und Hamburg ging, wurde der PPP-Vertrag 30'000 Seiten stark. Weshalb sind solche Vertragswerke, in denen man die Haken nicht finden kann [und will], erlaubt?

WR: Der Staat, bis zu den Kommunen hinunter, entlässt Personal, weil der Investor alle Aufgaben übernehmen und alles billiger betreiben will. *In der Verwaltung gehen dadurch Kompetenzen verloren.* Deshalb haben es die privaten Berater umso leichter, den Politikern ein PPP-Projekt, mit hübschen Powerpoint-Präsentationen, schmackhaft zu machen, sodass die vor Ehrfurcht quasi erstarren.

Während des Verlaufs des Projekts fehlen den Behörden dann auch die Fachkräfte, die beurteilen könnten, ob alles sich so entwickelt, wie es abgemacht wurde. Dieses PPP bedeutet eine Entqualifizierung der Verwaltung. Sie ist den Tricks und Manipulationen durch die privaten Investoren hilflos ausgeliefert. Wenn Probleme auftreten, muss sie wieder diese teuren Berater engagieren.

LKW-Maut digital

KJ: Betrachten wir ein Beispiel: Die Einführung der LKW-Maut auf deutschen Autobahnen. Wie lief das ab?

WR: Die Bundesregierung hat beschlossen, eine digitale Maut-Erfassung einzurichten. Dadurch war schon klar, dass die funktionierenden Maut-Systeme etwa in der Schweiz oder Österreich nicht infrage kamen. Bei der Ausschreibung bewarben sich verschiedene Firmen. Durch den Grundsatzentscheid "digital" hatten aber nur deutsche Firmen, Z. und Q., eine Chance. In den Ausschreibungen wurden hohe Anforderungen an ein sicheres Funktionieren gestellt. Auch die Strafen waren hoch angesetzt. In den Verträgen mit Z. und Q. wurden diese Anforderungen und Strafen aber wieder herabgesetzt.

KJ: Also Manipulation. In internationalen Ausschreibungen stellt man so hohe Anforderungen, dass ausländische Firmen nicht mithalten können. Dann vergibt man die Aufträge an einheimische Firmen und setzt die Anforderungen wieder herab.

WR: Ja. Auf jeden Fall ist es in dieser Angelegenheit so geschehen.

KJ: Und die Folgen?

WR: Die sind heftig. Z. und Q. versprachen, das Projekt bis zum 1. August 2003 zu realisieren. Aber nach anderthalb Jahren funktionierte es immer noch nicht. Dem Staate entstand ein Verlust von 4 Milliarden Euro. [Wegen Ausfall der Maut.] 2004 reichte die Bundesregierung deswegen eine Klage auf Schadenersatz ein. Allerdings kam eine Besonderheit der PPP-Verträge zum Vorschein. Darin vereinbarten die Vertragspartner nämlich, im Falle eines Streits an kein öffentliches Gericht zu gelangen, sondern selbst ein Schiedsgericht zu bilden.

KJ: Unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

WR: Unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

KJ: Was ist daran noch "public"?

WR: "Public" und "partnership" gehören zu diesem Märchen, zu diesem schön tönenden Begriff.

KJ: Sie bezeichnen es auch als Komplizenschaft.

Wer haftet für den Schaden?

WR: Ja. In diesem Falle ging es wie folgt weiter. Die Bundesregierung verlangte Schadenersatz. Die Investoren mauerten. Nee, wir sind nicht schuld. Wir können nicht zahlen. Wir haben kein Geld oder sonstwas. Das dauerte 5 Jahre lang, von 2004 bis 2009. Man konnte sich auch nicht darauf einigen, wie dieses Schiedsgericht besetzt werden sollte.

KJ: In dieser Zeit ist nichts passiert.

WR: Nein. Der Staat musste weitere Kredite aufnehmen und Zinsen zahlen. Schliesslich kam ein Schiedsgericht zustande. Weil aber die Investoren jede Schuld von sich wiesen und nicht zahlen wollten, hatte es nichts zu tun und auch nicht getagt. 2012 fand die Regierung, das Schiedsgericht bringe nichts. Also sollte mit Z. und Q. etwas Neues vereinbart werden. Der Streit hatte ihn dazu noch 90 Millionen Euro gekostet, die er einer Beraterfirma, Freshfields Bruckhaus Deringer, bezahlen musste. Diese Firma hatte übrigens auch den Vertrag zwischen ihr und den Investoren aufgesetzt.

KJ: Die Berater gewinnen auf jeden Fall.

WR: Ja, schon deshalb, weil sich der Staat selbst entmachtet hat. [Das Interview wurde 2013 veröffentlicht. Den Zustand der deutschen LKW-Maut kenne ich gerade nicht.]

KJ: Wie viele solcher PPP-Projekte gibt es in der Bundesrepublik Deutschland etwa?

WR: Man schätzt, dass es etwa 200 solcher Projekte gibt. Der Bund greift bei seinen Autobahn-Projekten darauf zu. Die Bundesländer lassen nach diesem Muster Justizzentren, Polizeipräsidien und auch Gefängnisse verwalten. In den Kommunen sind es zum Beispiel Schulen.

KJ: Weshalb funktioniert im PPP die Produkte-Haftung nicht? Sind hier Korruption, Bestechung im Spiele?

WR: Ich nehme an, dass die Verwaltungen und die Parteien heute den Konzernen schon so weit entgegen gekommen sind, dass sie nicht mehr bestochen werden müssen. Sie machen sozusagen freiwillig mit, weil irgendwann beschlossen wurde, dass das besser sei.

Unharmonisches an der Elbe

Dazu kommt noch etwas anderes. Beispiel Hamburg, Elbharmonie. Der Vertrag wurde schon gemacht, ehe die Planung fertig war. Der Investor, X. und seine Bank W., können nun neue Forderungen stellen mit der Begründung, dass deshalb noch unvorgesehene Änderungen nötig wurden, dass ein teurer Musiktechniker aus Japan herangezogen werden musste und so weiter. Ich würde sagen, dass der Investor, der sich in solchen Dingen auskennt, den Vertrag bewusst zu früh gemacht hat, damit er Nachforderungen stellen kann. In Hamburg heisst es, X., eigentlich eine Baufirma, sei eine grosse Anwaltskanzlei mit angebautem Bauunternehmen. Die völlig überforderte Verwaltung kann diese immer wieder aufgetischt, bisher, glaube ich, etwa 200 Nachforderungen gar nicht nachprüfen.

KJ: Falls ein PPP funktioniert, verdient der Investor mit Nachforderungen oft noch viel mehr, als vorgesehen war. Wenn ein PPP nicht funktioniert, bezahlt der Investor keinen Schadenersatz, und Bund, Land und Kommune bleiben auf ihren Schulden sitzen. Weshalb ist das legal? Sie haben diese Verhältnisse einmal so beschrieben: Es ist, wie wenn eine Fussballmannschaft ihren eigenen Schiedsrichter mitbringen würde.

WR: Der Staat, die Länder und die Kommunen haben sich in diese untergeordnete Position hinein manövriert. Sie haben ihr eigenes qualifiziertes Personal entlassen. Jetzt sind sie auf die privaten teuren Berater angewiesen, etwa Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

Wasser ist zum Gewinnen da

KJ: Beispiel Berliner Wasserversorgung. Sie wurde an einen französischen Konzern verkauft. Folge: 1/4 der Belegschaft wurde entlassen. Der Preis stieg um 40%. Das Wasser in Berlin gehört zum teuersten in Europa. Im

Vertrag wurde ein garantierter Gewinn festgelegt. Wenn er nicht auf normalem Wege herein kommt, muss die Stadt bezahlen. Und solche Verträge sind geheim. Ist das nicht rechtswidrig?

WR: Solche Vorgehensweisen wurden eben legalisiert.

KJ: Von wem?

WR: Vom Gesetzgeber, vom Bundestag. Die Regierung Schröder hat es, wie gesagt, aus England geholt und beschlossen, es auch in Deutschland so zu machen.

Zu einem PPP gehört nun standardmässig die Abmachung, dass die Verträge geheim bleiben. Das wird damit begründet, es stecke darin zu viel an Geschäftswissen, als dass man das veröffentlichen könne. Selbst die Abgeordneten im Bundestag, die darüber befinden müssen, dürfen das Vertragswerk nicht sehen. Aber es geht um öffentliche Gelder. Deshalb müssen diese Verträge offengelegt werden.

KJ: Oder wenn sie in einzelnen Fällen hinein schauen dürfen, müssen sie den Mund halten.

WR: Genau. Sie dürfen sich keine Kopien machen und das, was sie sich mit dem Bleistift notiert oder im Gedächtnis behalten haben, nicht öffentlich vorbringen.

England

KJ: Beispiel England, Metro. Der Investor ging pleite. Was war die Folge?

WR: Die Verpflichtungen, die der Investor eingegangen war, etwa Kredite, gingen in die öffentliche Hand über.

KJ: Kann sich der Staat gegen solche Schäden versichern?

WR: Ich habe davon noch nicht gehört.

KJ: Das Risiko bleibt letztlich beim Staate, beim Bürger.

WR: Ja. Seit etwa 1990 können sich die privaten Investoren darauf verlassen, dass der Staat sie raushaut.

Zu treuen Händen

KJ: Sie schreiben in einem ihrer Bücher, dass dieser Zustand mit der Treuhand[anstalt] begann.

WR: Die Treuhand hat eine solche Entwicklung quasi eingeleitet. Die damalige Regierung unter Helmut Kohl hat zur Vermarktung der DDR-eigenen Betriebe und Grundstücke massiv amerikanische Beraterfirmen beigezogen, Price Waterhouse Cooper, KPMG, Meryll Linch, Goldman Sachs und so weiter.

In der Treuhand selbst arbeiteten viele hundert vom Staate Angestellte. Die Honorare für die Berater waren aber sehr viel höher als die Löhne der fest Angestellten. Ein wichtiger Zweck war, die ehemaligen DDR-Betriebe möglichst tief zu bewerten. Oft gingen sie für 1 DM über den Ladentisch.

Auch die im PPP verankerte Gewinn-Garantie geht auf die Treuhand zurück. Das heisst, jene, die eine ehemalige DDR-Firma mit 800 Angestellten für 1 DM gekauft hatten, bekamen Geld, um das Unternehmen wieder in Gang zu bringen und es für weitere drei, vier Jahre am Leben zu erhalten. Es kam aber vor, dass Betriebe schon früher geschlossen wurden; aber die Beiträge wurden nicht zurück bezahlt. Das hat die Treuhand aber nicht bemerkt.

Beispiel Bankenpleite: Der Staat greift rettend ein ^[3]

KJ: Kurz: Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste verstaatlicht.

WR: Mit der Treuhand begann die Institutionalisierung einer staatlichen Gewinn-Garantie.

KJ: Kohl sagte, man habe zum ersten Male einen maroden Staat übernommen und keine Erfahrung, wie man das mache.

DDR wird ausgeschlachtet

KJ: Welche Vermögensverwalter waren damals beteiligt? Blackrock?

WR: Es waren vor allem deutsche [oder amerikanische mit deutschen Töchtern] und praktisch nur solche, die im CDU-Wirtschaftsrat sass. Es gab eine enge Verfilzung.

KJ: Klüngel.

WR: Klüngel. Kohls Aussage stimmt allerdings so nicht. Es kam darauf an, an welche Wirtschaftsberater die deutsche Regierung sich wandte. Amerikanische hatten darin Erfahrung. Oder die Frage: Halten wir uns an das Treuhandgesetz, oder nicht? Im Treuhandgesetz stand, dass die DDR-Bevölkerung aus dem durch den Verkauf erwirtschafteten Vermögen Gutscheine bekommt. Die Regierung Kohl befand: "Och, steht zwar im Gesetz, machen wir aber nich'." Im gleichen Gesetz sind die Gremien der Treuhand definiert worden, Verwaltungsrat, Vorstand und so weiter. Aber sobald diese Treuhand zu arbeiten begann, wechselte die Bundesregierung diese Gremien wieder aus. In den neuen sass dann Wirtschaftsberater.

KJ: Amerikanische wurden bevorzugt.

WR: Ja, absolut. Sie kannten sich aus. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmungen hatte in den USA unter Ronald Reagan oder in Grossbritannien unter Margaret Thatcher schon angefangen.

Vermögensverwalter

WR: Bis Mitte der 1990er-Jahre waren die Banken die Verwalter der grossen Vermögen. Ab etwa 1990 entstand ein neuer Typ: Hedgefonds.

KJ: Ist Blackrock ein Hedgefonds?

WR: Blackrock hat als Hedgefonds angefangen und praktiziert immer noch auf diese Art. Heute ist er eine Aktiengesellschaft.

KJ: Im Vergleich mit Blackrock sind Goldman Sachs oder die UBS zweite Liga. Um welche Summen geht es hier?

WR: Noch dies ist wichtig: Seit den 1990er-Jahren gibt es zwei Fonds, die Hedgefonds und die Private Equity Fonds.

KJ: Bleiben wir bei den Hedgefonds. Was ist das?

WR: Ein Hedgefonds verwaltet das Vermögen von sehr vermögenden Leuten. Er hat keine Bankschalter, keinen Publikumsverkehr und relativ wenig Personal. Kleine Hedgefonds verwalten Vermögen ab 50 Millionen. Bei den grossen, etwa Blackrock, muss man schon mindestens 500 Millionen vorlegen können. "Hedge" bedeutet "Absicherung", Schutz der Investitionen vor Verlust. Blackrock verwaltet schätzungsweise 3.6 Billionen Dollar.^[4]

Dabei werden die Gelder auf möglichst viele grosse Unternehmungen der Erde verteilt. Blackrock ist etwa an allen 30 DAX-Konzernen (Siemens, Deutsche Bank...) beteiligt, allerdings nur mit relativ niedrigen Beträgen. Aber mit 5.14% Anteil an der Deutschen Bank ist dieser Hedgefonds schon der Hauptaktionär. Dann haben diese Hedgefonds noch Töchter, die wiederum an den Firmen, allerdings mit noch weniger Kapital, beteiligt sind, an denen auch ihre Mutter teilhat. Die kennt man nicht, weil nur Anteile von mehr als 3 Prozent offengelegt werden müssen.

KJ: Dieser Mechanismus verstärkt die Macht des Fonds in einer Firma.

WR: Genau. Blackrock ist an praktisch allen wichtigen amerikanischen Unternehmungen beteiligt, etwa mit 5% an Coca Cola, mit ein paar Prozent an Hewlett Packard und so weiter. Die Anteile wechseln relativ schnell. Die Hedgefonds leben nicht von den heutzutage kleinen Dividenden, sondern vor allem von der Spekulation auf die Entwicklung der Aktien der Firmen, an denen sie beteiligt sind. [Thema zu komplex? Schade.]

Nochmals PPP – oder Rating Agenturen

KJ: Kehren wir zurück zu den PPP. Investoren achten auf Beurteilungen durch Rating Agenturen.

WR: In der Finanzkrise zeigte sich, dass Rating Agenturen auch falsch bewerten. Die grossen sind Standard and Poor's, Moody's und Fitch mit einem Anteil von etwa 97% am Weltmarkt.

KJ: Was mich erstaunt: Vor der Krise lag ihr Anteil bei 95%, nach der Krise, in der sie bewiesen haben, dass sie ziemlich falsch liegen, ist er nun 97%.

WR: Für die Investoren waren zum Beispiel falsche Abwertungen von Vorteil, denn das brachte ihnen höhere Zinsen ein. Auch mit den Wetten machen sie gute Geschäfte. Die Hedgefonds sind auch die Eigentümer der Rating Agenturen.

KJ: Ein Interessenskonflikt. Beispiel ein Spital. Ärzte pfuschen. Es kommt zu einem Streit. Die Begutachter werden vom Spital bezahlt.

WR: Ja. Es ist eigentlich ein Skandal. Die Politik und die Medien müssten das kritisieren. Das geschieht aber nicht. Man muss aber wissen, dass Blackrock an der führenden Zeitung in der westlichen Welt, der New York Times, auch beteiligt ist. Folge: Die Zeitungen schreiben, was ihnen die Rating Agenturen liefern.

KJ: Sie haben geschrieben, Ratings seien keine Fakten. Was sind sie dann?

WR: Ein Instrument der Kreditgeber. Wenn ein grosses Unternehmen einen Kredit aufnehmen will, ist es gesetzlich verpflichtet, ein Rating vorzulegen. Rating Agenturen sind zwar private Unternehmen; aber sie handeln - im Interesse der Kreditgeber - in staatlichem Auftrag.

KJ: Die Rating Agenturen waren ursprünglich da, um die Kreditgeber (Anleger von Vermögen) zu informieren (schützen).

WR: Ja. Am Anfang boten sie ihre Dienstleistungen an. Man konnte sie beziehen oder es auch bleiben lassen. Das hat sich geändert. Heute sind sie gesetzlich vorgeschrieben.

KJ: Sie sind gesetzlich vorgeschrieben, aber hatten nicht, wenn ihre Beurteilungen Schaden anrichten. [Sie gehören jenen, die Wetten abschliessen...]

WR: Das ist eine der höchsten Formen von Korruption. Der Staat schützt dieses System, auch dann, wenn er selbst einen Schaden davonträgt.

KJ: Ein erstaunlicher Satz.

Cross Border Leasing

KJ: Als Beispiel: Die Zürcher Strassenbahn wird in die USA verkauft. Warum? Die Wagen werden nicht abtransportiert. Was ist CBL?

WR: CBL ist ein Finanzprodukt. Das haben sich Investmentbanken und ihre Finanzberater und Anwaltskanzleien ausgedacht. Es kam in den 1990er-Jahren aus den USA auch zu uns.

Das Prinzip: Ein amerikanischer Investor, in der Regel eine Bank, "kauft" (in Anführungszeichen) eine öffentliche Einrichtung, zum Beispiel die Kanalisation von Köln für 2 Milliarden Dollar.

KJ: Hat das stattgefunden?

WR: Das hat, auf dem Papier, auf 2'000 in Englisch geschriebenen und nicht übersetzten Seiten, so stattgefunden. Die Investition durch First Fidelity, so heisst diese Bank, ist allerdings fiktiv, denn der Investor hat sich nicht im Geringsten um diese Anlage gekümmert. Es war ein Kapitalkarussell. Es wurde auch falsch dargestellt. Es hiess, der Investor werde von den USA steuerlich bevorzugt, wenn er im Ausland Eigentum erwirbt. Köln bekam dann sofort 80 Millionen in bar. Im Hintergrund lief es anders. Der Investor, First Fidelity^[5] nahm den Betrag nicht aus eigenen Beständen, sondern hat sich die 2 Milliarden bei zwei anderen Banken geliehen. Die eine war die Norddeutsche Landesbank. Diese 2 Milliarden (abzüglich 80 Mio.) sind über eine eigens zu diesem Zwecke gegründete Briefkastenfirma in Delaware aber nicht in Köln, sondern bei drei anderen Banken gelandet. Die haben dadurch einen kostenlosen Kredit bekommen. Zwei der Schuldübernahmebanken wurden verpflichtet, namens der Stadt Köln während den vereinbarten 30 Jahren die Miete zu bezahlen, damit die die Kanalisation benutzen darf. Die dritte Bank, die UBS, bekam auch ein paar hundert Millionen und hatte den Auftrag, damit den Preis für den Rückkauf in 30 Jahren zu erwirtschaften. Also bekam auch die UBS einen kostenlosen Kredit, mit dem sie arbeiten konnte. Sie hat nur dafür zu sorgen, dass die Stadt Köln ihre Kanalisation nach 30 Jahren wieder zurückkaufen kann.

CBL ist ein vor der Öffentlichkeit verborgenes Finanzkarussell, in dem die beteiligten Investoren, also Banken, Vorteile geniessen. In diesem Falle wird eine steuerlich bevorteilt, andere bekommen kostenlose Kredite und so weiter.

KJ: Als Kölner würde mich interessieren, ob sich der US-amerikanische Investor um die Kanalisation kümmert.

WR: In den Verträgen steht, der Investor kümmere sich nicht um das Gekaufte.

KJ: Wer dann?

WR: Die Stadt Köln, als wäre nichts passiert. [Sie hat ihre Kanalisation ja auch gemietet. Die Banken bezahlen diese Miete, von der man annehmen darf, dass sie sehr klein ist.]

KJ: Der Begriff "Investition" wird pervertiert [verhunzt]. Es wird nichts geschaffen.

WR: Ja. Auch Spekulationen sind heutzutage Investitionen. Die Hedgefonds und Investmentbanken legen etwa Wertpapiere auf die Entwicklung der griechischen Staatsanleihen auf. Das sind nichts anderes als Wetten, keine Investitionen.

Sal Oppenheim

KJ: Sie haben ein Buch über Sal Oppenheim geschrieben. Er besass die grösste Privatbank in Deutschland. Jetzt gehört sie der Deutschen Bank. Kann eine Privatbank heute noch bestehen?

WR: Nein. Obwohl der Staat marode Banken rettet. Aber diese sind zu klein und unbedeutend geworden. Sie können nicht mithalten.

KJ: Die Sal Oppenheim versuchte 2007, sich mit einem Umzug nach Luxemburg zu retten. Das Land gilt als Steuerparadies.

Finanzparadiese

WR: Ich verwende den Begriff Finanzparadies. Die Steuerparadiese wie die Schweiz und Liechtenstein boten die Gelegenheit, das Vermögen Steuern schonend oder Steuern hinterziehend anzulegen. Heute sind das Finanzoasen, die Schweiz, Luxemburg, die Cayman Islands, der kleine Bundesstaat Delaware in den USA. Dort haben die Hedgefonds und Rating Agenturen ihren Sitz. Nicht unbedingt nur, um Steuern sparen zu können - tun sie vielleicht auch -, sondern weil die Finanzaufsicht sehr nachlässig ist.

Sie können, etwa in Luxemburg oder auf den Caymans, eine Firma gründen, ohne dass Ihr Name im Handelsregister steht. Dafür wird jener eines Treuhänders, einer Anwaltskanzlei oder eines Notars vor Ort eingetragen.

KJ: Welche Vorteile bringt das?

WR: Sie können Finanztransaktionen hinter den Kulissen tätigen. Die Deutsche Bank zum Beispiel besteht aus etwa 2'300 einzelnen Unternehmen. Davon sind 1'086, glaube ich, auf den Cayman Islands, in Luxemburg, auf Malta, in Delaware domiziliert. Wenn die Deutsche Bank ein Aktienpaket kauft oder Kredite vergibt oder einen Fonds mit Wertpapieren auflegt, dann wird das durch keine Finanzaufsicht registriert.

KJ: Ist das ein Schattenbankensystem?

WR: Ja. Schweizer Wissenschaftler sprachen von einem okkulten Parallelsystem. Die staatliche Kontrolle funktioniert nicht mehr.

KJ: Kann man sagen, dass die Verschuldung von Staaten und Kommunen und der kleinen Leute dieses System am Leben hält?

WR: Heute leben wir nach dem US-amerikanischen Vorbild von Krediten. Wenn zum Beispiel eine Firma eine andere übernehmen will (feindliche oder freundliche Übernahme), nimmt sie den Betrag nicht aus der eigenen Kasse, sondern bekommt einen Kredit. Oder sie vergrössert sich mithilfe von Krediten. Die privaten Unternehmer, auch die Banken, sind viel höher verschuldet als die Staaten. Das wissen viele Leute nicht.

Nochmals Rating Agenturen

Und die Kreditvergabe geschieht nach Massgabe einer Rating Agentur. Solche Ratings sind teuer, können in die Millionen gehen. Die Agenturen agieren allerdings zum Vorteil ihrer Eigentümer.

KJ: Könnte man diese Rating Agenturen ignorieren?

WR: Ja. Sie sind, finanztechnisch gesehen, völlig überflüssig. [Ihre Beurteilungen sind oft falsch oder tendenziös und dienen eben ihren Auftraggebern oder Eigentümern. Sie wollen etwas in Gang bringen und nicht objektiv beurteilen.]

Jede Bank, die einem Staat einen Kredit gibt, oder jeder, der Staatsanleihen zeichnet, macht sich vorher selbst über die Bonität des Kreditnehmers kundig. Und er macht es intensiver und viel vorsichtiger als eine Rating Agentur, denn die haftet nie.

KJ: Eine Rating Agentur ist also eine Werbeagentur [für Finanzjongleure]?

WR: Genau. Das trifft zu. Allerdings arbeiten sie im staatlichen Auftrag und haben dadurch einen objektiven Anstrich, werden quasi als staatliche Wächter verstanden.

Zurück zu Sal Oppenheim

KJ: Diese Bank habe den Wahlkampf von Angela Merkel mit finanziert. Stimmt das?

WR: Ja, das ist kein Geheimnis. Diese Bank war von Anfang an mit allen Regierungen per Du. Sie galt auch in der Nazizeit, trotz ihrer jüdischen Vergangenheit, als kriegswichtig. Sie war an Arisierung beteiligt. ^[6] Sie hatte enge Beziehungen zur Dresdner Bank, die wiederum enge Verbindungen zum NS-Staat hatte. Das ist umfangreich dokumentiert.

Ich fand es interessant, welche Rolle diese Bank nach dem 2. Weltkrieg spielte. Sie hatte ihren Sitz in Köln. Über sie lief ein grosser Teil der illegalen Parteien-Finanzierung. CDU, CSU und FDP wurden neu gegründet und hatten wenig Geld. Grosse Wirtschaftsunternehmen finanzierten sie. Die Mitglieder des Bundesverbands der deutschen Industrie mussten einen bestimmten Prozentsatz der Lohnsumme auf ein Konto einzahlen. Daraus wurden CDU, CSU und FDP bezahlt und hatten damit einen Vorteil gegenüber den schon bestehenden Parteien, den Kommunisten und Sozialdemokraten. Das hat die Bank Sal Oppenheim organisiert.

Verflechtung von Industrie, Banken und Regierungen

KJ: Diese Verflechtung ist nicht neu.

WR: Ja. Am Anfang der Bundesrepublik Deutschland war sie etwas lockerer als heute. Jetzt ist sie ausgebaut und wird durch Berater und Mittäter legalisiert.

KJ: Wann endet die Globalisierung? Überall herrscht Schiefelage. Das Elend weitet sich aus. In Griechenland wird Angela Merkel mit Hitlerplakaten empfangen, eine Art Kriegserklärung. Bewegen wir uns auf einen neuen Krieg zu?

WR: Das hoffe ich nun wirklich nicht. Europa beteiligt sich natürlich an Kriegen rund um den Erdball. Zuhause scheint es noch ruhig zu sein, obwohl es manchenorts brodeln. Unter der Tarnkappe "friedliches Europa" verbirgt sich auch ein "Zuchtmeister Deutschland". Ich hoffe, dass die Bevölkerung bemerkt, welches Europa sie bis jetzt geduldet hat.

KJ: Wie können sich die **Völker Europas aus dem Würgegriff der Finanzindustrie befreien**, ohne dass es zu Strassenschlachten [oder Krieg] kommt?

WR: Eine schwierig zu beantwortende Frage. Es geschieht wahrscheinlich nur schrittweise. Man müsste einzelne Banken pleite gehen lassen, wenn sie pleite sind. Man müsste die Rating Agenturen aus dem Verkehr ziehen [um das einmal salopp zu sagen].^[7]

Quellen und Hinweise

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=0yiZieN0mYI&t=179s> und <https://www.youtube.com/watch?v=AKpASQzhcTg>

[2] „Lern' dieses Volk der Hirten kennen, Knabe“, empfiehlt der Freiherr von Attinghausen dem Jungspund Rudenz oder eben Friedrich Schiller – vielleicht der EU.

[3] <http://www.euronetwork.de/pages/die-ursachen.php> Wirtschaftsberatung - Die Ursachen der Wirtschaftskrisen und die Liste der Deutschen Bankenpleiten

[4] "Unsere" Billionen, also 10^{12} Dollar. Die Amis haben keine "Arden", also keine Milliarden, Billiarden usw.

[5] "Fidelity" bedeutet "Treue". Dubiosen Geschäften hängt man am besten ein hübsches Mäntelchen um.

[6] Arisierung oder Entjudung nannten die Nationalsozialisten die Verdrängung von Juden und „jüdischen Mischlingen“ aus Handel, Gewerbe und Wissenschaft im Sinne der Nürnberger Gesetze. Sie fand von 1933 bis 1945 im Deutschen Reich sowie angeschlossenen und besetzten Ländern statt und wird heute in der Regel als „Raub“ eingeordnet. (Wikipedia)

[7] Es gab einmal zwei sorgfältig voneinander getrennte Bankentypen: Die Geschäfts- und die Investmentbanken. Heute sind sie nicht mehr getrennt, leben quasi unter dem gleichen Dache. Zwei Töchter, eine brave und eine liederliche. Geschäftsbanken sind nötig und nützlich. Investmentbanken und Hedgefonds sind Spielhöllen.

[8] Christoph Hörstel hat dazu Stellung genommen:

Sehr geehrter Herr Tscheulin,

wir wollen die Banken nicht abschaffen, eine derartige Absicht findet sich nirgendwo im Programm der Deutschen Mitte.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dies korrigieren wollten.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph R. Hörstel

Bundsvorsitzender Deutsche Mitte

Pariser Platz 4a

10117 Berlin